

# Satzung zur 2. Änderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Rabenau

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55) geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 01. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 151) zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 158) in Verbindung mit § 25 Absatz 1 Satz 1 Verwaltungskostengesetz des Freistaates Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. September 2003 (SächsGVBl. S. 698) hat der Stadtrat der Stadt Rabenau in seiner öffentlichen Sitzung am 26. Juli 2010 folgende Satzung über die 2. Änderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Rabenau beschlossen:

## Artikel 1

Das Kostenverzeichnis (Anlage zu § 3 der Kostensatzung der Stadt Rabenau vom 17. November 2003, zuletzt geändert durch Satzung vom 02. Februar 2004) wird wie folgt neu gefasst:

## Kostenverzeichnis

### Anlage zu § 3 der 2. Änderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Rabenau

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr EUR / % des Gegenstandswertes
1	Auskünfte, insbesondere aus Akten u. Büchern oder Einsichtnahme in solche	5,00 bis 50,00
2	Genehmigungen bzw. Versagungen aufgrund gesetzlicher Vorschriften, gemeindlicher o. ä. Bestimmungen	5,00 bis 500,00
3	Fristverlängerungen Verlängerung einer Frist, deren Ablauf einen neuen Antrag auf Erteilung einer gebührenpflichtigen Genehmigung erforderlich machen würde	$\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{4}$ der für die Genehmigung vorgesehenen Gebühr, mindestens 5,00
4	Nachträgliche Auflagen, Rücknahme oder Widerruf einer Genehmigung nach Nr. 2	5,00 bis 250,00
5	Beglaubigungen, Bestätigungen	
5.1	Amtliche Beglaubigung v. Unterschriften, Handzeichen u. Siegel  Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte, der für die erste erhobenen Gebühr zum Ansatz.	5,00 bis 125,00

5.2	Amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus Akten oder privaten Schriftstücken mit dem Original je Seite	0,50 (mind. 5,00 höchstens 7,50)
5.3	Bestätigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus Akten oder privaten Schriftstücken mit dem Original je Seite	0,50 (mind. 5,00 höchstens 7,50)
5.4	Wird die Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw. von der Gemeinde selbst hergestellt, so kommen die Schreibgebühren (Nr. 8) hinzu.	
6.	Bescheinigungen	
6.1	Zeugnisse (amtl. festgest. Tatsache / z. B. Bürger der Stadt zu sein), Ausweise aller Art usw. (auch Zweit- und Mehrfertigungen, soweit nichts anderes bestimmt ist)	5,00 bis 50,00
7.	Fundsachen	
	Aufbewahrung einschl. Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer o. Finder	
7.1	bei Sachen bis zu 500,00 EUR Wert	2 % des Wertes, mind. jedoch 5,00
7.2	bei Sachen über 500,00 EUR Wert	2 % von 500,00 und 1 % des Mehrwertes
7.3	bei Tieren	2 % des Wertes, mind. jedoch die Unterbringungskosten
8.	Schreibauslagen	
8.1	Abschriften oder Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Verhandlungen, amtlichen Büchern, Registern usw. (sofern sie nicht durch Ablichtungen – Fotokopien – hergestellt wurden), die auf Antrag erteilt werden je angefangene Seite DIN A4	
8.1.1	Für Schriftstücke, die in deutscher und sorbischer Sprache abgefasst sind	5,00
8.1.2	Für Schriftstücke, die in fremder Sprache abgefasst sind	10,00

8.1.3	Für Schriftstücke in tabellarischer Form, Verzeichnisse, Listen, Rechnungen, Zeichnungen, wissenschaftliche Texte wird die Schreibgebühr nach dem Zeitaufwand berechnet, der zur Herstellung benötigt wird. Sie beträgt für jede angefangene Viertelstunde	6,50
8.2	Abschriften oder Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Verhandlungen, amtlichen Büchern, Registern usw. mittels Kopiergeräten oder Textautomaten	
8.2.1	Bei einem Format bis zu DIN A4 für die erste Seite für jede weitere Seite	0,75 0,50
8.2.2	Bei einem größeren Format für die erste Seite für jede weitere Seite	1,25 1,00
9.	Erteilung einer Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 GewO	
9.1	Erteilung einer Bescheinigung zur Gewerbeanmeldung	40,00
9.2	Erteilung einer Bescheinigung zur Gewerbeummeldung	30,00
9.3	Erteilung einer Bescheinigung zur Gewerbeabmeldung	25,00
10.	Ausgabe einer Ersatz-Hundesteuermarke	5,00
11.	Ausstellung Unbedenklichkeitsbescheinigungen	5,00
12.	Genehmigung für Feuerwerk	40,00
13.	Genehmigung für Lagerfeuer	15,00
14.	Gestattung nach § 12 GastG pro Tag	20,00
15.	Zustimmung gem. § 68 Telekommunikationsgesetz	15,00
16.	Baumfällgenehmigungen 1 Baum	10,00
	2.-4. Baum	20,00
	ab 5 Bäume	35,00
17.	Mahnung nach § 13 Abs. 2 SächsVwVG über 20,00 Euro	5,00
	über 250,00 Euro	10,00
	über 500,00 Euro	15,00
	über 750,00 Euro	20,00
	über 1.000,00 Euro	25,00
18.	Neufestlegung/Vergabe einer Hausnummer	10,00

## **Artikel 2 Inkrafttreten**

Die Satzung zur 2. Änderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Rabenau tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Gleichzeitig treten alle dieser Satzung entgegenstehenden Regelungen außer Kraft.

ausgefertigt: Rabenau, den 27. Juli 2010

gez. Paul  
Bürgermeister

Siegel

*Hinweis nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)*

Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 der SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
  2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
  3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
  4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
    - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
    - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.
- Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Rabenau, 27. Juli 2010

gez. Paul  
Bürgermeister